

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

19.8.1922 (No. 192)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. B. Redakteur G. R. u. f., Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 135 M. — Einzelnummer 2 M. — Anzeigengebühr: 3 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiedererlangen tariflicher Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Zeitung, Nr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenebruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Was soll noch werden?

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die Reichskorrespondenz „Nord-Süd“ folgende Ausführungen ihres Berliner Mitarbeiters: Die Besorgnis, daß auch in London wieder ein Kompromiß zustande kommen werde, das Deutschland immer tiefer in das wirtschaftliche Chaos und Elend stieße, hat sich als nicht gerechtfertigt erwiesen, aber der völlig ergebnislose Verlauf der Konferenz ist, wenigstens vorläufig, nicht besser, sondern eher schlimmer als ein solches Kompromiß, denn es steht zu befürchten, daß Frankreich von der Freiheit des Handels, den es nunmehr unter abermaliger Verletzung des Friedensvertrages für sich in Anspruch nimmt, einen Gebrauch machen wird, bei dem alles in Trümmer geht, was bisher an Wiederaufbauarbeit hat geleistet werden können. So ist unsere Lage ernst, denn je, der Wert der Mark im Ausland ist auf 1/4 Pfennig gesunken und wenn wir uns bisher haben fragen müssen, ob wir wohl die nächsten Wochen und Monate überstehen würden, so kann der Zusammenbruch jetzt eine Frage von Tagen und Stunden werden. So hat denn auch der Reichskanzler Dr. Brüning am Mittwoch vor einem Auditorium von ausländischen Pressevertretern in ergreifenden, ja wahrhaft erschütternden Worten von der Lage Deutschlands gesprochen und damit gleichzeitig an die Vernunft und an das Gerechtigkeitsgefühl der Völker appelliert.

Die Notwendigkeit eines solchen Appells war durch Äußerungen gegeben, die der französische Ministerpräsident vor seiner Abreise aus London ebenfalls vor einem Auditorium ausländischer Journalisten getan hatte, Äußerungen, die in verschiedenen Punkten der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlugen. Herr Poincaré hat die frivole Behauptung aufgestellt, daß Deutschland systematisch an der Entwertung der Mark arbeite; demgegenüber hat der Reichskanzler darauf hingewiesen, daß die erste Drohnote der französischen Regierung vom 26. Juli den Dollarkurs von 450 auf 800, die zweite vom 5. August 1922 auf fast 900, der ergebnislose Abbruch der Londoner Konferenz auf 1050 hat steigen lassen. Der Reichskanzler hat ferner feststellen können, daß Poincaré sich mit dieser Behauptung sogar mit seiner eigenen Presse in Widerspruch gesetzt hat, denn der „Temps“ selbst hat von einem Versuch der deutschen Regierung zur Stabilisierung des Markkurses gesprochen, allerdings mit dem unbegründeten Vorwurf, daß sie dazu diesen verwendet habe, die eigentlich für die Reparation bestimmt gewesen seien.

Der Leiter der französischen Politik und hochsinnige Vertreter der französischen Kultur, die ja bekanntlich die erste der Welt sein soll, hat aber auch weiter bei seinem Versuch, die öffentliche Meinung für Frankreich zu gewinnen, mit ebenso leichtfertigen wie greifbaren Unwahrheiten gearbeitet. Er hat sich nicht geschämt, das sinnlose Märchen weiter zu erzählen, daß Deutschland der Tschecho-Slowakei eine Anleihe von 4 Millionen Mark angeboten habe und daran die nicht minder erlogene und nicht minder alberne Behauptung gereiht, Deutschland habe in Dänemark, Rumänien und Holland Banken gegründet, um den Verlauf der Mark im Auslande zu organisieren. Man darf gespannt sein, wie der französische Ministerpräsident mit dieser Widerlegung sich abfindet. Aber wie schlecht muß eine Sache innerlich sein, die zu solchen Mitteln greift!

Die französische Forderung nach einer 60prozentigen Beteiligung an der deutschen chemischen Industrie hat Herr Poincaré mit der Notwendigkeit begründet, Deutschland an der Herstellung von Giftgasen zu verhindern. Demgegenüber hat der Reichskanzler daran erinnern können, daß die alliierten Mächte in der ihnen zustehenden Kontrolle Mittel genug haben, eine derartige Fabrikation zu verhindern, und kein Ehrliebender und Urteilsfähiger wird ihm widersprechen, wenn er das wirkliche Motiv dieser Forderung einfach in der Absicht sieht, in die Geschäftsgeheimnisse der deutschen Industrie einzudringen und ihre Konkurrenz zu beseitigen.

Ein besonders eindringlicher Abschnitt der Ausführungen des Kanzlers war der namenlosen Numenschlichkeit u. Noheit gewidmet, die in der Ausweisung der Deutschen aus Elsaß-Lothringen liegt. Es ist zwar nichts Neues, daß Frankreich an dem Kriege gerade dann Geschmack gewinnt, wenn ihm kein Gegner mehr gegenübersteht, aber diese Art des Krieges gegen Wehrlose ist doch ein ganz besonderer Schandfleck und man kann nur hoffen, daß die ganze Kulturwelt das Frankreich von heute und unter seiner jetzigen Hauptministerpräsidenten Leitung an dem Pranger sieht, an den der Reichskanzler es gestellt hat.

Besonders zuberzücklich werden wir in diesem Punkte allerdings nicht sein. Noch wirkt die ungeheure Verleumdung weiter, deren raffiniertester Organisator dieser Tage sein unheilvolles Dasein beendet hat und wenn die neutrale Welt mit wachsender Klarheit den wahren Schuldigen in Frankreich sucht und findet, so haben sich die Siegenationen bisher immer noch aus Leibeskräften gegen das Zugeständnis gewehrt, daß ihre „Gerechtigkeits“ tiefstes Unrecht und daß das „Kulturwerk“ des Versailler Friedens die schlimmste Barbarei ist, von der die Geschichte der Menschheit weiß.

Aber das ist ja auch nicht unsere nächste und dringendste Sorge. Diese ist vielmehr darin begründet, daß die Erfüllungspolitik materiell an der Grenze der Unmöglichkeit angelangt ist. Auch davon hat der Reichskanzler in scharfen, einbrudsvollen Sätzen gesprochen. Bei dem heutigen Markkurs ist es unmöglich, ausländische Zahlungsmittel für Vorkaufungen an die Alliierten auf dem Devisenmarkt anzukaufen. Aber auch die internationale Anleihe ist zunächst zerfallen und Frankreich hat somit keine Aussicht in absehbarer Zeit in den Besitz größerer Vorräte zu kommen, ja dieser Zeitpunkt wird sich immer weiter hinausschieben, je länger es das gesamteuropäische Problem auf dem Wege der Drohungen und der wirtschaftlichen Knechtung zu lösen sucht. Was uns aber im Innern droht, das ist die rasch wachsende Verelendung breiterer Volksschichten, die rettungslose Zerstörung des Gleichgewichts in unserem inneren Haushalt, die Absperzung der nötigsten Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr, rasche Kollaps des „Ausverkaufs“, Hungersnot, Verzweiflungsausbrüche der Massen und speziell für die deutsche Industrie Vernichtung des Betriebskapitals und Erlahmen der Produktion. Mit äußerster Anstrengung hat Deutschland zum 15. August noch 10 Millionen Goldmark aufgebracht, d. h. ein Viertel von dem, was gefordert wurde, aber auch dieser Betrag fehlt nunmehr an dem dringenden Bedarf für Getreideeinfuhr. Und hier handelt es sich um Dinge, die allem andern vorangehen: Erst Brot für das Volk, dann Wiederherstellung! hatte der Reichskanzler schon einige Tage vorher zu dem Vertreter eines großen Londoner Klattes gesagt.

Und so ist es in der Tat. Wir können einfach nicht mehr zahlen und zwar auf viele Monate hinaus. Und es ist geradezu herzerregend, daß man sich sagen muß: Ein Moratorium, das noch vor wenigen Wochen die Rettung gewesen wäre, weil es das Vertrauen der Welt und damit den Kredit Deutschlands wiederhergestellt hätte, wird das rasende Tempo des Niedergangs jetzt kaum mehr aufhalten können. Immerhin, der Reichskanzler hat dem schon erwähnten Journalisten gegenüber mit den Worten gesprochen: Wenn nur guter Wille da ist, kann Europa und Deutschland noch gerettet werden“ u. aus London selbst kommen Stimmen, die beschwichtigend meinen, man solle doch die Lage nicht allzu tragisch nehmen. So findet sich immer noch ein Strohhalm, an den sich unsere Hoffnung klammert; aber die Welt muß bald zur Vernunft kommen, wenn sie noch etwas zu retten finden will.

Erntevorschau.

* Aus Berlin wird uns geschrieben: In früheren Jahren lagen bereits im August die Schätzungen der Anbauflächen durch das Statistische Reichsamt vor. Infolge der Abänderung in der Verteilung der Umlage haben die statistischen Anstalten andere Grundlagen für die Schätzung aufgestellt, so daß in diesem Jahre nicht vor Oktober mit der Ermittlung der Zahlen zu rechnen ist. Immerhin scheint festzustehen, daß trotz der ungünstigen Witterung bei der Aussaat bei Wintergetreide und Sommergetreide die Flächen im Umfang der früheren Jahre bestellt wurden. Der Winter brachte jedoch bei Weizen erheblichen Schaden, so daß im Frühjahr rund 10 Prozent wegen Auswinterung umgepfügt werden mußten. Diese Flächen wurden zum Teil mit Sommerkorn, vor allem aber mit Kartoffeln neu bestellt. Bei Roggen war die Auswinterung gering, hingegen litt Wintergerste und besonders Wintererbsen sehr.

Bei Hackfrüchten ist eine Zunahme der Kulturläche zu konstatieren; bei Zuckerrüben beträgt der Zuwachs 8,3 Prozent. Die Futterpflanzen nehmen etwa dieselbe Fläche ein wie im Vorjahre, jedoch sind sie infolge der Trockenheit im Sommer 1921 meist schlecht aufgegangen und mußten teilweise im Frühjahr umgepfügt werden.

Die Frühjahrseinstellungen konnten wegen des langen Frostes und der ungünstigen Witterung erst spät in Angriff ge-

nommen werden und verschoben sich gegenüber dem Vorjahre um 3 bis 4 Wochen. Bis zum Juni blieb das Wetter mit vereinzelten Nachfrösten ungünstig; es muß während der Wachstumszeit für die diesjährige Ernte als abnorm bezeichnet werden.

Es ist schwer, heute schon ein einigermaßen sicheres Urteil über die Ernteaussichten abzugeben. Der erhöhte Produktionsmittelaufwand der Landwirtschaft wird sich in Norddeutschland in bezug auf die Weizenernte nicht voll bezahlt machen. Am günstigsten dürfte die Roggenernte ausfallen, die einen guten Durchschnitt verspricht. Die Weizenernte wird zum Teil weit unter dem Stande des Vorjahres bleiben; im besten Falle ist mit einer knappen Mittelernte zu rechnen. Bei Gerste ist das Erntergebnis im allgemeinen befriedigend. Geringer sind die Aussichten für Hafer in ganz Deutschland ungünstig. Die Kartoffelernte, über die man im gegenwärtigen Zeitpunkt freilich nur mit größter Vorsicht urteilen darf, verspricht einen günstigen Ausfall, ebenso die Zuckerrüben- und die Maisernte, die aber auch die Verzögerung der Anbaufläche hinzukommt. Die Futtermittelnot wird allerdings in diesem Jahre noch nicht behoben werden. Der erste Schnitt der Heuernte, der wegen des regnerischen Wetters zum Teil jetzt noch nicht ganz beendet ist, war sehr gering; der zweite verspricht mehr Erfolg. Die Obst- und Gemüseernte befriedigt allgemein; insbesondere fällt die Pflaumen- und Apfelernte ausnahmsweise reich aus.

Der amtliche Bericht über den Saatenstand in Preußen Anfang August ist diesmal besonders pessimistisch, vor allem fällt dies auf bei einem Vergleich der Bewertungsziffern für August 1922 und die entsprechende Zeit 1921 und 1913. Diesmal sind alle Zahlen, abgesehen von Hackfrüchten und Luzerne, unter mittel, während sie 1921 fast durchweg über mittel und 1913 ausnahmslos auf gut, bei Weizen sogar auf sehr gut standen. Dies darf jedoch kein Anlaß zu übertriebener Besorgnis sein, da die Ernte außerhalb Preußens, insbesondere in Süddeutschland, zum Teil ganz wesentlich besser steht.

Annähernd richtige Zahlen für die Erntemengen abzugeben, ist noch nicht möglich. 1921 hatte Deutschland eine Weizenernte von 3 Millionen Tonnen gegen 2 1/2 Millionen 1920 und eine Roggenernte von 6,8 Millionen Tonnen gegen 4,9 Millionen 1920. Für den rationierten Bedarf brauchen wir eine jährliche Brotgetreidemenge von etwa 4,8 Millionen Tonnen. Von diesem Bedarf sind 1921/22 durch die Umlage 2 1/2 Millionen Tonnen aufgebracht, etwa 1,9 Millionen Tonnen durch Einfuhr, der Rest durch Verkauf von Inlandgetreide im freien Verkehr. In diesem Jahre wird wiederum die Gesamtmenge in Höhe von 2 1/2 Millionen Tonnen durch Umlage von der Landwirtschaft aufgebracht. Damit wäre der Grundstock für die Volksernährung sichergestellt, wobei darüber hinaus für den freien Inlandverkehr noch zur Verfügung stehen wird. läßt sich kaum schätzen, ehe nicht die endgültigen Ernteschätzungen und die Anbauflächenstatistik bekannt sind. Nebenfalls dürfte sich das Erntergebnis zwischen dem der Jahre 1920 und 1921 bewegen.

Badische Wochenrückblicke

Wohnungsbau und Wohnungsabgabe in Karlsruhe.
Der Karlsruher Stadtrat hat dem Bürgerausschuß seinen Bericht über den Wohnungsbau und die Wohnungsabgabe im Jahre 1922 zugehen lassen. Nach diesem Entwurf sind an Wohnungsabgabe zu erheben: a) für das Halbjahr vom 1. April bis 30. September 1922 neben der Landesabgabe von 1,25 ein Gemeindeguschlag in Höhe von 2,75 v. H. des Steuerwerts, b) für das Halbjahr vom 1. Oktober 1922 bis 31. März 1923 neben der Abgabe für das Land in Höhe von 3,75 ein Zuschlag für die Gemeinde in Höhe von 16,25 v. H. des Steuerwerts. Die für das ganze Jahr 1922 hiernach 24 vom Hundert des Steuerwerts betragende Abgabe soll unmittelbar vom Nutzungsberechtigten in sechs Raten erhoben werden und zwar in folgenden Beträgen: 2 v. H. des Steuerwerts am 1. November 1922, 3 v. H. am 1. Dezember 1922, 4 v. H. am 1. Januar 1923 und je 5 v. H. am 1. Februar, 1. März und 1. April 1923.

Der Vorlage ist eine umfangreiche und eingehende Begründung beigegeben, die sehr interessante Einzelheiten enthält. Sie legt zunächst an Hand statistischer und tabellarischer Aufstellungen über den Stand des Wohnungsbau und der Bevölkerungsbewegung die Notwendigkeit eines weiteren Aufwandes von rund 63 Millionen Mark (außer dem Wohnungsfürsorgeamt bereits zur Verfügung stehenden Mitteln) zur Durchführung eines gezielten Bauprogramms von 550 Wohnungen dar und kommt dann auf die Frage zu sprechen, die sich angesichts dieser hohen Summe und der durch sie bedingten weiteren schweren Belastung der städtischen Bevölkerung von selbst aufwirft: nämlich, ob denn die Wohnungsnot in Karlsruhe tatsächlich so hohe Opfer verlangt und ob es nicht doch geboten erscheint, in den Anstrengungen für den Wohnungsbau in Zuk-

kunft mehr Zurückhaltung zu üben, vielleicht sogar auf den Wohnungsbau, soweit er nicht durch die gesetzlichen Pflichten der Wohnungsabgabe finanziert werden kann, ganz zu verzichten. Die Antwort lautet naturgemäß verneinend, und die Gründe, die der Stadtrat dafür anführt, sind denn auch derart gewichtiger Natur, daß man ihm in der Hauptsache, also hinsichtlich der Notwendigkeit weiterer Wohnungsbauten, wohl oder übel wird beipflichten müssen, auch wenn man hinsichtlich der Höhe verschiedener Meinungen ist. Die Bevölkerungsziffer schreitet fort, die Geschließungen halten ebenso an wie der Zuweg von auswärts, und so nimmt eben der Wohnungsmangel zu.

Zurzeit fehlen in Karlsruhe 2200 Wohnungen. Am 1. Juli d. J. konnten erst solche Wohnungsgesuche als vorzüglich bezeichnet werden, deren Stichtag vor dem 1. Mai bezw. 1. Juni 1920 gelegen ist. Die Wartezeit der Wohnungssuchenden bis zur Vordringlichkeitsklärung beträgt also heute etwas über 2 Jahre, diese Zeit erhöht sich noch bis zum tatsächlichen Bezug einer Wohnung erfahrungsgemäß bis auf 2 1/2 Jahre und mehr. Unter diesen Umständen ist es nach der Meinung des Stadtrates völlig undenkbar, den Wohnungsbau einzustellen oder auch nur ihn mehr einzuschränken, als es nach Lage des Baugewerbes unumgänglich notwendig ist. Vielmehr ist mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß mit größtmöglicher Beschleunigung soviel Wohnungen neu erstellt werden, als technisch überhaupt möglich erscheint. Ein Stillstand in der öffentlichen Tätigkeit des Wohnungsbauwesens hätte naturgemäß in kürzester Frist eine ganz erhebliche Verschärfung der Wohnungsnot zur Folge. Eine Bautätigkeit irgend nennenswerten Umfangs wäre auch bei ganz freier Mietzinsbildung auf Jahre hinaus gänzlich ausgeschlossen. Die weitere Folge wäre die Forderung nach Rationierung in so rücksichtsloser und einschneidender Form, daß niemand mehr ein Anrecht auf Ruhe und Frieden im eigenen Heim zugestanden werden könnte, oder aber ein unerträglich scharfer Übergang zu völlig freier Wirtschaft im ganzen Wohnungswesen mit Mietzinsen in der 80. bis 100fachen Höhe der Vorkriegszeit und mit rücksichtsloser Unterdrückung aller wirtschaftlich Schwachen durch die Starken. Beides erscheint dem Stadtrat heute unmöglich; von einer verschärften Rationierung befürchtet er die schwerste Zerrüttung der ohnehin aufs Äußerste beanspruchten Kräfte der Bevölkerung, ohne daß für die Wohnungssuchen ein wirklicher Erfolg erzielt würde. Der unermittelte Übergang zur freien Wirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens müßte so schwere wirtschaftliche und soziale Erschütterungen mit sich bringen, daß man sich selbst in der heutigen an vieles gewöhnten Zeit wohl kaum eine der Wirklichkeit entsprechende Vorstellung davon machen kann. Niemand wird es verantworten wollen, das deutsche Volk in diesen Abgrund hinabzustößen. Es müßte trotz aller Schwierigkeiten noch für eine erhebliche Anzahl von Jahren an der gebundenen Wirtschaft im Wohnungswesen, an der gesetzlichen auf den Vorkriegsstand der alten Häuser aufgebauten Miete und der Umlegung der Abteuerungssteuern der neuen Wohnungen auf die Gesamtheit der Wohnenden durch die Wohnungsabgabe festgehalten werden.

Die Begründung befaßt sich dann weiter mit der Art und Weise in der die Mittel für die unbedingt nötigen Bauten aufgebracht werden sollen, und sie kommt dabei zu einer entschiedenen Ablehnung des Anleihewegs, da bei der Neuerstellung von jährlich 400-500 Wohnungen, die etwa dem durchschnittlichen vorkriegszeitlichen Zuwachs von 550 Wohnungen entspricht, keine Rede von nur vorübergehenden Maßnahmen sein könne (für deren Lasten auch die Zukunft herangezogen werden dürfe), sondern weil man vielmehr davon auszugehen habe, daß Aufwendungen zu machen seien, die Jahr für Jahr wiederkehren. Jährlich wiederkehrende Aufwendungen ganz oder auch nur teilweise aus Anlehensmitteln zu bestreiten, verbietet sich aber schon allein deshalb, weil auf diese Weise die für Verzinsung und Tilgung aufzunehmenden Beträge in ganz wenigen Jahren schon höher sein würden, als der jährliche Kapitalaufwand. Nach einem Hinweis auf die Schwierigkeit der Beschaffung langfristiger Darlehen für die Gemeinden erklärt die Denkschrift, daß der Wohnungsbau eingestellt werden muß, wenn nicht die Mittel dafür (ohne Inanspruchnahme von Anlehensmitteln) aus der Wirtschaft, in diesem Falle aus der Wohnungsabgabe, unmittelbar beschafft werden können.

Die Einkünfte aus der Wohnungsabgabe sind in Karlsruhe für je 1 v. H. zu 3,7 Millionen Mark geschätzt. Zur Durchführung des Bauprogramms ist ferner die Erhebung eines städtischen Zuschlags zur Wohnungsabgabe in Höhe von 72,18 : 3,7 = rund 19 v. H. und eine Ge-

samtabgabe im Jahre 1922 von 24 v. H. des Steuerwerts erforderlich.

Dieser Betrag erscheint, so heißt es in der Begründung weiter, auf den ersten Augenblick außerordentlich hoch, viele werden ihn für gänzlich unmöglich zu halten geneigt sein. Die durch ihn gekennzeichnete Lage wird noch dadurch besonders erschwert, daß infolge der unerhörten Geldentwertung auch Steuern und Gebühren ganz allgemein außerordentlich stark erhöht werden müssen, daß insbesondere die Reichsmietengesetze auf über das Doppelte der bisherigen Sätze steigen werden. Es wäre falsch, darüber hinwegzulaufen zu wollen, daß die Gesamtkosten für das Wohnen (Mietzins und Wohnungsabgabe zusammen genommen), auf rund 70 v. H. des Steuerwerts, d. h. reichlich das 10fache des Friedensaufwandes steigen werden. Falsch wäre es aber auch zu glauben, es gäbe irgend eine Möglichkeit, diesen Aufwand kleiner zu halten und die Wohnungswirtschaft trotzdem vor dem Zusammenbruch zu retten. Die notwendigen Mittel für die Instandhaltung der Häuser zu beschaffen, wäre gleichbedeutend mit der Zerstörung der Häuser; der Versuch, die jährlich für den Neubau erforderl. Aufwendungen einer späteren Zeit zu überbürden, hat heute schon zu dem Punkte geführt, wo der Bau neuer Wohnungen zu erliegen droht.

In besonderen Tabellen wird dann die Auswirkung des gesetzlichen Mietzinses an Beispielen dargelegt. Der Gesamtwohnungsaufwand wird, wie gesagt, das 10fache des Friedensbetrages betragen. Nach der tabellarischen Übersicht müßte beispielsweise ein verheirateter höherer Beamter aus Besoldungsgruppe XI Stufe 4, mit 2 Kindern im Alter von 6-14 Jahren, der 1914 ein Einkommen von 5800 M. bezog und am 1. August 1922 ein solches von 161.195 M. hat, und dessen Wohnungsaufwand ab 1. August d. J. 8950 Mark (Wohnungsabgabe und gesetzlicher Mietzins zusammen) beträgt, entsprechend einer Friedensmiete von 895 M., heute 5,5 Prozent seines Einkommens für Wohnungszwecke aufwenden gegenüber einem Verhältnisjah von 15 Prozent i. J. 1914. Der Berechnung liegt eine 5-Zimmerwohnung zugrunde, für die für 1922 eine Wohnungsabgabe von 3356 M. und ab 1. Oktober 1922 ein gesetzlicher Mietzins von 5594, zusammen also 8950 M., zu entrichten wäre. Die Verhältnisfiguren von 15 und 5,5 Prozent sind selbstverständlich je nach Wohnung, Einkommen usw. wieder andere.

So beträgt nach einem weiteren Beispiel der Wohnungsaufwand eines gelernten städtischen Arbeiters mit 2 Kindern im Alter von 6-14 Jahren, der im Frieden 1669 M. Einkommen hatte und am 1. August d. J. 77.886 M. bezog und dessen Friedensmiete von 300 M. sich ab 1. Oktober d. J. ebenfalls verdreifacht, künftig 3,9 Prozent gegenüber 18 Prozent im Jahre 1914.

Prozentual auf das Einkommen berechnet, ist also, wie sich aus den Berechnungen der Denkschrift ergibt, der fünfjährige Wohnungsaufwand dem Friedensaufwand gegenüber gewiß niedrig zu nennen. Tatsächlich bedeutet er allerdings eine schwere Belastung für den Mieter und seinen, durch die furchtbare Erhöhung aller übrigen Ausgaben für die Lebenshaltung schon aufs äußerste angespannten Etat. Vermeiden wird sich die Erhöhung des Wohnungsaufwandes auf keinen Fall lassen; indes wäre zu wünschen, daß sich ein Weg dazu finden ließe, die Schlechtestsituierten besonders zu berücksichtigen. Auch der Stadtrat gibt der Erwartung Ausdruck, daß die künftige Reichsregierung eine Veredelung der Abgabe (etwa nach der Belegungsdichte der Wohnungen) bringen werde. Vorläufig hätten die Gemeinden aber keine andere Möglichkeit, als von ihrer Befugnis der freiwilligen Zuschläge Gebrauch zu machen.

Seefrachtenmarkt und Versailler Vertrag.

Die Zeit der märchenhaften Frachtpreise, wie sie während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren in der Seefahrt gezahlt wurden, ist vorbei. Heute liegen die Verhältnisse vollkommen umgekehrt. Statt Mangel an Schiffraum herrscht Überfluß. Die Weltanpasserflotte ist von 42,5 Millionen Brutto-Registertonnen Ende Juni 1914 auf 56,8 Millionen angewachsen. Den Löwenanteil an diesem Zuwachs haben die Vereinigten Staaten, deren Dampfmarine um rund 11 Millionen Brutto-Registertonnen zugenommen hat. Auf der anderen Seite aber ist der Lieferbedarf, sowohl als die Beförderung von Passagieren, namentlich aber was den Handelsverkehr angeht, infolge des allbekannten Niederganges der Weltwirt-

schaft außerordentlich herabgemindert. Einem verhältnismäßig geringen Angebot von Frachtgut steht also ein gewaltig übersteigertes Angebot von Schiffraum gegenüber. Nach dem Gesetz der Preisregulierung durch Angebot und Nachfrage ist naturgemäß eine wachsende und sehr empfindliche Verabfeinerung der Seefrachten erfolgt. Der Umschwung der Dinge illustrieren zwei kürzlich von englischer bezw. amerikanischer Seite veröffentlichte, in bezug auf die Entwicklung seit 1920. Setzt man den Frachtenstand von 1920 gleich 100, so ergibt sich nach der englischen Übersicht für Januar 1921 eine Indexziffer von 46,3, für den Juni des gleichen Jahres eine solche von 42,7, im Januar 1922 sind die Frachten auf 33,0 und im Juli auf 29,8 heruntergegangen. Nach den vom amerikanischen Bundesamt veröffentlichten Angaben haben sich die Frachten für Weizen und Baumwolle von den Vereinigten Staaten nach englischen bezw. Mittelmeerhäfen gegenübermaßen entwickelt:

	Engl. Häfen	Mittelmeer-Häfen
Januar 1920	100,0	100,0
Januar 1921	60,7	43,2
Dezember 1921	32,4	32,3
Januar 1922	31,7	32,2
April 1922	27,3	27,1

Entsprechend dem Sinken der Frachten ist natürlich auch ein außerordentliches Herabgehen der für Seeschiffe gezahlten Preise zu verzeichnen. So wurden beispielsweise in England für einen Frachtdampfer von 7500 Tonnen Tragfähigkeit im Juni d. J. durchschnittlich 62.000 Pfund gezahlt, gegenüber 288.750 im März 1920! Auf die Gestaltung der Weltmarktpreise ist die Verminderung der Frachtkosten von wohlweislichem Einfluß gewesen, hat sie doch mit in erster Linie zu ihrem fortwährenden Herabgehen beigetragen.

Auch die Lage der internationalen Schifffahrt bildet also einen sehr guten und eindringlichen Anschauungsunterricht für die „paradiesischen“ Zustände im Handelsverkehr zwischen den Völkern, wie sie der Versailler Vertrag geschaffen hat. Nahezu ein Drittel der englischen Flotte liegt in den Häfen und verrotet. Die englischen Werften liegen über zunehmende Auftragslosigkeit. Rehnlaufende von Arbeitslosen aus der Schifffahrt und Schiffbauindustrie müssen von englischen Werften erhalten werden, weil es Frankreich gefällig, sich mit selbstmörderischer Hartnäckigkeit dem englischen Wiederkauf der Welt entgegenzusetzen. So zeigt es sich auch hier, daß die bisher betriebene „Reparationspolitik“ bei weitem mehr schadet, als jemals aus dem Versailler Frontblatt herauszuholen gewesen wäre!

Politische Neuigkeiten.

Eine Note über die Ausgleichszahlungen.

Die britische Regierung hat der deutschen Botschaft in London am 17. August folgende gemeinsame Antwort der Alliierten auf die deutsche Note vom 14. Juli mitgeteilt:

Hinsichtlich der Barzahlungen, die von Deutschland auf Grund der Abschnitte 3 und 4 der wirtschaftlichen Bestimmungen geschuldet werden, beabsichtigen die alliierten Regierungen die Zahlungen der 2 Millionen Pfund, die am 15. August geschuldet wurden, binnen 4 Wochen von diesem Tage an zu fordern. An diesem Tage beabsichtigen sie, das Abkommen vom 10. Juni 1921 zu kündigen und Schritte zu tun, um einzeln mit der deutschen Regierung Abmachungen über die Zahlungen aller Salden zu treffen, die ihnen auf Grund der wirtschaftlichen Bestimmungen geschuldet werden. Diese Abmachungen sollen der Reparationskommission zur Einverständniserklärung unterbreitet werden.

Aus der Note ergibt sich, daß auf dem Gebiete der Ausgleichszahlungen usw. weitere Barzahlungen von der deutschen Regierung bis Mitte September nicht gefordert werden.

Verhandlungen der Reparationskommission in Berlin.

Wie das WTB von amtlicher Seite erfährt, werden hier John Bradburn, das englische Mitglied der Reparationskommission und Maucloire, der Präsident des Garantie-Komitees und beide französischen Delegierten in der Reparationskommission anfangs nächster Woche zu Besprechungen mit der deutschen Regierung über die Reparationsfrage in Berlin eintreffen.

Das unbekannte gelobte Land.

Von Dr. Colin Roß.

Die Fahrt dahin führte an allen Herrlichkeiten der Erde vorbei. Nach der grotesken Schönheit der spanischen Häfen, nach Lissabon und den skaberdischen Inseln, nach tropischen Nächten unter dem Äquator, in denen Mond und Wolken Bilder von verzelebender Schönheit auf See und Himmel malten, nach sonnendurchglänzten Tagen, an denen der Ozean in fast schmerzlicher Bläue leuchtete, nach Nächten, in denen das Meer phosphoreszierend flammte, als fahre das Schiff durch einen See voll brennender Eisberge, und in denen das Kielwasser sich in einen Strom intensiven grünen Lichtes wandelte, breitete viele Tage lang die brasilianische Küste ihre schneebedeckte, lockende Pracht aus. Nach Bahias Fruchtparadies baute Rio mit seinen Felsen, Bergen und Buchten eine Wunderlandschaft auf.

Aber als wir Santos' liebliche Bucht verlassen hatten und die Brandung von Sao Vicente veranlaßt war, die gegen brennend bunte Gärten spült, verblaßten des Himmels und des Meeres Bläue. Eisengrau rollten in schwerer Dünung die Wellen. Nach lauterer Hitze wurde es frisch und abends bald empfindlich kühl, als runde sich die Reise zum Kreislauf und kehrten wir in die rauhe, kalte Nordsee zurück.

Und wie See und Himmel wandelte sich die Stimmung der Passagiere. Statt satter Behaglichkeit, statt wohligen Nichtstuns und siegesfähigem Optimismus breitete sich eine fiebernde Nervosität aus, die mehr und mehr das ganze Schiff erfüllte. Hiesien in Santos übermühten Zwischenbeder den am Kai wartenden Landelenten zu: „Wie lange dauert's, bis man hier Millionär wird?“, so mehren sich jetzt die sorgenden, ersten Gesichter.

In der Kajüte nicht minder. Nur wenige kehren ja in Durch das Entgegenkommen des Verlags Brockhaus, Leipzig, sind wir in der Lage, aus dem vor kurzem erschienenen Werk „Südamerika die aufsteigende Welt“ von Dr. Colin Roß die hier folgende Beschreibung abzurufen. Es ist sehr zu begrüßen, daß ein weitgereister Mann, wie der bekannte Verfasser, in fesselnder Darstellung Aufschluß gibt über ein wenig bekanntes weites Gebiet, auf dem deutsche Talente noch reiche Werte schaffen kann.

sichere, wohlbekannte Verhältnisse zurück. Auch die drüben Stellung und Besitz haben, fragen sich: wie werden wir unser Geschäft vorfinden. — Wer kennt denn dieses Land, in dem Hunderttausende in der Heimat das Land der Verheißung suchen? Der Krieg soll es von Grund auf umgewandelt, die Preise phantastisch in die Höhe geschmetzelt haben.

Immer häufiger bilden sich Gruppen, die sich über Preise unterhalten. Der englische Reiseführer von 1914 nennt zwei Pfund für den Tag als untere Grenze. Der Vorkriegsstand, er zählt, daß er vor dem Krieg mit 200 Peso, etwa 800 Mark, im Monat für Wohnung und Essen auskam. Aber jetzt? Wie wird es werden? Wie weit wird die mitgenommene Barschaft reichen? Und wie viele sind auf dem Schiff, die drüben alles verkaufen! Nun sind fünfzig- oder hunderttausend Mark, die für Land- und Viehkauf reichen sollen. Oft aber noch viel, viel weniger. Und dabei fällt und fällt die Mark.

Aber dafür hat man ja Waren mitgenommen. Die lange Reise und manche Boule in den Mondmächten hat die Jungen gelöst. Pläne wurden geschmiedet, Verbindungen geknüpft. Soll man schmuggeln oder nicht? In den Kabinen beginnt ein großes Raten. Geheimnisvolle Zinlfisten tauchen auf. Bijouterien und Goldwaren werden in Wägen und Stiefeln verpackt, Brillanten in Kleidungsstücke eingenäht.

Wo ist die Zeit, da Lulu tanzte und man Nächte auf Deck verträumte? Luft ist übrigens nicht mehr an Bord. In Rio slog sie in großer Eile ihrem sie schuldigt erwartenden Amigo in die Arme. Aber die Frau im blauen Umschlag, deren Tochter man vor Bernambuco ins Meer senkte, ist noch da und liegt auf ihrem Stuhl und starrt ins Meer. Ein Stodwert höher, in der ersten Klasse, werden die Augen der alten Dame, die zu ihrem einzigen Sohne fährt, d.: sie zwölf Jahre lang nicht sah, immer feucht. Und in der zweiten Klasse geht der aus portugiesischer Kriegsgesandtschaft heimkehrende Ingenieur immer unruhiger auf Deck auf und ab. Ein Jahr war er in Portugiesisch-Ostafrika, und gerade wollte er seine Familie nachkommen lassen, als der Krieg ausbrach, der ihn in Gefangenschaft auf die Azoren führte. Die ganze Zeit war er ohne Nachricht von seiner Frau. Er kann es nicht mehr sehen, das Meer, auf das er all die Jahre hindurch von seiner Insel aus sehnsüchtig starrte. Und die hilflose Achtzigjährige, die zu ihren Kindern nach Argentinien zurückkehrt, von denen der

Krieg sie trennte! Und das Geschwisterpaar, das 1913 auf ein Jahr nach Deutschland in Pension geschickt worden war und das jetzt im Zwangsdenk zurückkehren muß. Und all die Frauen, die der Krieg von ihren Männern trennte. Welche Tragödien auch hier!

Das erste Land, das sich nach Brasiliens Palmbergen am Horizont zeigt, ist flau, öde, wüstengleich. Cafenhaft heben sich von Zeit zu Zeit Baumgruppen über die Sanddünen.

Auf einmal eilt das Schiff. Am neun Uhr abends jollen wir in Montevideo ein. Am nächsten Mittag in Buenos Aires. Künstlich laufen wir die Hauptstadt Uruguays an. Wie auf Schindern gegogene leuchtende Perlen sind die Lichterreiben der linealgeraden Straßen über den Nachthimmel gespannt. Die Blinfener der Cafeneinfahrt zinkern rot und grün. Der viele Stroh hohe Lokaldampfer nach Buenos Aires liegt am Kai wie ein festlich stimmendes Haus. Das Knattern der unzähligen eleganten Automobile hört sich an wie Gewehrfener.

Argentinische Zeitungen kommen an Bord. Alles stürzt sich darüber her und studiert die Preise. Gott sei Dank, was man hörte, war maßlos übertrieben. Aber anderes ist teuer genug. Der Flieger geht strahlend auf und ab.

„An meinen Bijouterien verdiene ich glatt 10.000 Peso.“
„Und der Joll?“

„Oh, die sind so gut versteckt, da müßte der Beamte schon sehr genau suchen.“

Die Offizierswitwe mit den beiden Söhnen hat bereits ein erstaunlich billiges Angebot für Haus und Land in Paraguay. Die Stimmung geht hoch.

Am nächsten Morgen sind wir mitten in La Plata. La Plata, Silberstrom! Der Name klingt wie Gold; denn in schmutzigen Behältern wälzen sich seine trägen Wogen. Gelber, einfarbige Wüste, soweit das Auge reicht. Fast wieht der Anblick bereits wieder schön in seiner grandiosen Eintönigkeit. Am Horizont stehen Schiffe, flach auf die Wüstenplatte gestellt. Werthlos, unwirksam sehen sie aus.

Das Land, das jetzt zur Linken auftaucht, paßt zum Fluß; es ist flach, öde, reizlos. Aber noch öder, noch reizloser könnte es erscheinen, es würde doch mit dem gleichen sehnsüchtig erwartungsvollen Blick verschlungen. Es ist, ja das Land der Verheißung, die Erlösung aus all dem Leid, aus all dem Jammer in der Heimat.

Die weitere Beschlußfassung der Reparationskommission über das Stundungsgesuch der deutschen Regierung ist danach hinausgeschoben.

Die Reparationskommission selbst veröffentlicht folgenden Bericht: Nachdem die Mitglieder der Reparationskommission ihre Ansicht über die Lage ausgetauscht haben, haben sie sich gestern nachmittags zu einer Vollversammlung und einstimmig beschlossen, Sir John Bradburn, Mitglied der Reparationskommission, und den Präsidenten des Garantieausschusses, Maucraire, zu bitten, sich nach Berlin zu begeben, um von der deutschen Regierung verschiedene unerlässliche Wünsche zu erhalten. Zu diesem Bericht bemerkt „Havas“: Bradburn und Maucraire werden, von Generalsekretär Bergery und dem Mitglied des Finanzministeriums Felling begleitet, morgen abends abreisen. Der Aufenthalt in Berlin wird nur einige Tage dauern. Sie werden wahrscheinlich mit Dornes und Bergmann zusammenkommen. Diese Reise hat den Zweck, die Besprechungen mit der deutschen Regierung zu beschleunigen, um der Reparationskommission zu ermöglichen, zu einer einstimmigen Entscheidung bezüglich der Antwort zu gelangen, die in der Frage eines Moratoriumsgesuches Deutschland zu erteilen sei.

Eine weitere Mitteilung der Reparationskommission besagt: Die Bevollmächtigten der Reparationskommission hielten Donnerstag nachmittags ein halbamtliches Zusammenkunft ab, um die Prüfung der auf den deutschen Moratoriumsantrag zu erteilenden Antwort zu beginnen. Ohne dem Problem auf den Grund zu gehen, fassten sie verschiedene grundsätzliche Entschlüsse, allerdings nur bedingungsweise. Die Bevollmächtigten bemühen sich sehr lebhaft, und alle mit dem gleichen guten Willen, eine gemeinsame Lösung zu finden, die die Zustimmung der alliierten Regierungen finden könnte. Zu diesem Zweck bemühen sie sich, im geheimen zu arbeiten und bewahren strengste Zurückhaltung. Man darf nicht damit rechnen, daß die endgültige Entscheidung vor Mitte der nächsten Woche getroffen wird.

Der Fall Womm und die französischen Rheinlandabsichten.

Die Ausweisung des Regierungspräsidenten von Wiesbaden, Dr. Womm, hat, so wird der „Erl.-Korr.“ aus dem Rheinland geschrieben, weder in Wiesbaden noch sonst im besetzten Gebiet überaus, nachdem Dr. Womm durch seine Stellung zu dem Verräter Dr. Dornes, in Ungnade gefallen war. Man wußte genau, daß bei sich bietender Gelegenheit Dr. Womm ein Opfer der Willkür französischer Gewaltpolitik am Rhein und der Intrige und Rache der Sippe Dornes werden würde. Wenn heute die Rheinlandkommission die Kathenau-Demonstration zum Anlaß nimmt, um den Regierungspräsidenten von Wiesbaden rechtswidrig seines Postens zu entheben und ihn des Landes zu verweisen, so beweist sie selbst, daß sie bessere Gründe gegen ihn nicht aufzubringen wußte, ihn aber unter allen Umständen aus dem besetzten Gebiet entfernen wollte und ferner erneut, daß sie sich schuldig vor die rheinischen Hochverräter stellt. Der Fall beweist aber weiter, daß die neueste Entwicklung, die die Dinge als Nebenwirkung der Londoner Konferenz im Rheinland genommen haben, sich aufs ernste aufspürt und auf neue Absichten der französischen Agenten im Rheinland hinweist. Es ist nicht uninteressant, aus diesen neuen Gewaltmaßnahmen der Rheinlandkommission feststellen zu können, daß Herr Dornes von den französischen Rheinlandpolitikern (sprich Annektsionisten) wieder in Gnade aufgenommen worden ist, nachdem sie mit ihm durch seine ungeschickten geschäftlichen Manipulationen nicht unerheblich kompromittiert waren und deshalb von ihm etwas abgerückt waren. Heute spielt Dornes wieder den angenehmen Gesellschaftler in gewissen französischen Kreisen Wiesbadens und Mainz, wo die Lösung der Rheinlandfrage das ständige Gesprächs- und Beratungsthema ist. Welchen Einfluß Dornes in diesen Kreisen wieder gewonnen hat, beweist, daß er den Regierungspräsidenten von Wiesbaden, der von rechts wegen ihm sein faibles Handwerk zu legen versucht hatte, mit Hilfe seiner französischen Freunde durch die Rheinlandkommission zu Fall gebracht hat. Und damit wird weiter bewiesen, daß in der Rheinlandkommission Bestrebungen Einfluß haben, die gleich den französischen Rheinlandpolitikern die Annexion des Rheinlandes durch Frankreich bezwecken. Es bleibt abzuwarten, ob sich die politischen Parteien dieses Eingreifens der Rheinlandkommission in die deutsche Verwaltungshoheit widerspruchslos werden lassen.

Also nicht „ein restlos französisches Elsaß“ (une Alsace profondément française), wie der durch tausend Bankettreden geheiligte Klischee-Ausdruck lautet, fanden die französischen Behörden hier vor, sondern zum großen Teil nur ein zogen Deutschland ererbtes Elsaß, bereit, französisch zu werden, in der sicheren Erwartung, daß der Elsaß ein endlich einmal in seinem eigenen Lande zu Hause sein werde. Diese Novemberbestimmung war also, wenn man sie genau analysieren will, kein Plebiszit, sondern ein Vertrauensvotum.

Diese Feststellung geht, richtig betrachtet, an die Adresse des Herrn Poincaré, denn er war es doch, der am 12. Dezember 1918 in Straßburg das Wort prägte: „Le plebisite est fait“, die Volksabstimmung hat stattgefunden“, ein Wort, das man ruhig eine der größten Lügen der Weltgeschichte überhaupt wird nennen dürfen.

Für die Gegenwart stellt Dahlet fest, daß keine Rede davon sein kann, daß die Elsaßer heute etwa nichts anderes als Franzosen sein wollten:

„Es ist sehr gut, wenn man predigt, die Elsaßer müßten vor allem Franzosen“ („Français avant tout“) sein, in der unteilbaren Republik sei der in der deutschen Periode beliebte Kampfruf „das Elsaß den Elsaßern“ nicht mehr am Platze. Aber man darf Wünsche und Hoffnungen nicht für Tatsachen hinnehmen. Der größte Teil der Bevölkerung des Elsaßs ist eben heute noch nicht „français avant tout“, sondern „Alsacien avant tout“. Man mag das bedauern, man mag es leugnen oder beschönigen, man mag sich darüber ärgern, aber nur ignorieren darf man es nicht, besonders nicht in den Kreisen, welche die französische Politik im Elsaß zu bestimmen haben, oder sie beeinflussen.“

Nachdem Dahlet dann die Abgeordneten Elsaß-Lothringens auf ihre Pflicht hingewiesen hat, fasien unzulässigen Tatsachen Beachtung zu verschaffen. Denn, sagt er: „Je eher man in Paris die wahre Lage kennt, desto leichter wird es sein, Schlimmes zu verhüten. Wenn man sich aber gar darauf beruft, alle diejenigen, die kein oder nicht den von unseren Patrioten gewünschten Grad an Nationalgefühl haben, als „Boches“ zu bezeichnen und zu behandeln, ruft man die Gefahr herauf, die man beschwören wollte. Wir fürchten den Tag, wo alle diejenigen, die man fälschlich als „Boches“, „Bochisants“ oder „Neutralisten“ hinstellt, antworten werden: „Du sagst es, ich bin es.“

Sehr zufrieden wird Herr Poincaré mit diesem „Erfolg“ einer bisherigen Territorialpolitik im Elsaß nicht gerade sein!

Ein neuer englischer Konferenzplan.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt über die angelegten Bemühungen, die unternommen werden, um die Reparationskommission insandt zu sehen, einen Weg aus dem Durcheinander zu finden. Man sei „ernstlich“ auf der Suche nach einem Kompromiß. In einer etwaigen neuen Konferenz dürften auch die beiden Länder teilnehmen, die an einer Nachkriegskonferenz bisher noch nicht beteiligt waren, Deutschland und Amerika. Deutschland, das ohne seine Schuld von der Konferenz ausgeschlossen worden sei, müsse an einer etwaigen Konferenz im Herbst gleichberechtigt mit den anderen Nationen teilnehmen, denn Deutschland sei sicherlich eine interessierte Partei bei dem Versuch, eine umfassende Lösung zu finden. Man hofft, daß die Vereinigten Staaten es nicht ablehnen werden, auf einer Konferenz vertreten zu sein, wo die Finanzen der Welt ernstlich erörtert würden. Ohne Deutschland und die Vereinigten Staaten würde der Plan einer Zusammenkunft im Herbst fallen gelassen werden.

Katastrophe der französischen Elsaß-Politik.

Gr. Die neuen Deutschenausweisungen aus dem Elsaß, die Frankreich gerne in der Öffentlichkeit als nichts denn einen Teil der „Retorsionsmaßnahmen“ gegen Deutschland in der Frage der Ausgleichszahlung angesehen haben möchte, werden in Elsaß-Lothringen selbst als unüberlegte Antwort der Pariser Regierung auf die Vorgänge und Bestrebungen gewertet, die im Anschluß an die bekannte Dulac-Aktion, an die Gründung einer Elsaßer-Partei, in die Erscheinung traten.

Bezeichnend für die Stimmung der elsässischen Öffentlichkeit ist, was ein Franzosenfreund wie Camille Dahlet, der Mitarbeiter der Straßburger „Republique“, in seiner Erboithheit über die Kurzsichtigkeit der gegenwärtigen französischen Regierungs- und Verwaltungsmethoden, wie über die ganze Haltung, die Frankreich in seinem Siegesdünkel gegenüber den Elsaß-Lothringern einnimmt, schreibt. Seiner Entrüstung und Verbitterung gibt Dahlet in einem umfangreichen Leitartikel „Promme Lügen“ vom 6. August Ausdruck. Was nicht nur uns, sondern die ganze Welt angeht, ist darin das Jugendschicksal, daß man 1914 und auch 1918 durchaus nicht mehr von einem Elsaß reden konnte, das sich schließlich eine Rückkehr zu Frankreich wünschte.

Es gab wohl eine Menge Elsaßer, die in ihrem ganzen Denken und Handeln von dem unerhörlichen und leidenschaftlichen Gedanken an die Wiedervereinigung mit Frankreich beherrschet waren. Aber diese Kreise bildeten in der letzten Zeit nur eine — hauptsächlich der städtischen Bourgeoisie angehörende — Minorität. Der Schreiber dieser Zeilen, der die Ehre hatte, zu dieser Minorität zu gehören, hat diese Tatsache oft genug bewahrt, und in gleichem Sinne Kreisen, die es jetzt anders darstellen möchten, bedauern hören, um darüber orientiert zu sein.

Die Mehrheit der autochthonen Bevölkerung unferes Landes dagegen empfand in keiner Weise mehr das, was man französische Gefühle nennen könnte, sondern nur ein starkes elsässisches Heimatgefühl.

Die Erhöhung der Beamtenbezüge.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Organisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Angestellten wurden nach Überwindung nicht unerheblicher Schwierigkeiten gestern nachmittags mit dem Ergebnis zu Ende geführt, daß eine Erhöhung der bisher bezogenen Bezüge von rund 38 Prozent mit Wirkung vom 1. August b. J. ab eintritt. Das Reichskabinett hat dem Verhandlungsergebnis seine Zustimmung bereits erteilt. Die Auszahlung wird sofort vorbereitet und erfolgt alsbald, nachdem der Reichsrat und Reichstagsausschuß hierzu ihre Zustimmung gegeben haben. — Die Verhandlungen bezüglich der Arbeiterlöhne werden heute fortgesetzt.

Der Überwachungsausschuß des Reichstages ist auf Montag, den 21. August, 2 Uhr nachmittags, einberufen, um sich mit den Beschlüssen der Reichsbeamten und den Zuschlägen aus Anlaß der Taxierung zu beschäftigen. Zu demselben Zweck ist der Reichsrat auf heute Samstag berufen worden. Zu einer Einberufung des Reichstages aus allgemeinen politischen Gründen liegt zurzeit kein Anlaß vor. Es bleibt zunächst bei den bisherigen Dispositionen, wonach der Reichstag etwa am 18. Okt. wieder zusammentreten wird.

Schutz der Republik.

Nach einer in der Presse erschienenen Zusammenstellung wurden die folgenden Organisationen aufgelöst:

- in Preußen: Verband nationaler Soldaten, Bund der Aufrechten, Deutschvölkischer Schutz- und Truxbund, Jungdeutscher Orden (in den Provinzen Hannover und Sachsen), Stahlhelm (in Hannover und Sachsen), Knappenchaft, in Bayern: kein Verband, in Württemberg: kein Verband, in Baden: Deutschvölkischer Schutz- und Truxbund, Jungdeutscher Orden, National-Soz. Arb.-Partei, in Hessen: Deutschvölkischer Schutz- und Truxbund, in Thüringen: Deutschvölkischer Schutz- und Truxbund, Jungdeutscher Orden, Organisation „C“, Hochschulring deutscher Art, Deutschvölkische Jugend, Allduischer Verband, Jungsturm, Christl. Pfadfinder, Deutschnat. Beamtenbund, in Sachsen: Verband nationaler Soldaten, Bund der Aufrechten, Deutschvölk. Schutz- und Truxbund, Stahlhelm, Organisation „C“, Freitour Oberland, Bund der Getreuen, Klein-Kaliberschützen, Deutschnat. Jungbund, Rotweiberbund, Jungsturm, Nationalverband Deutscher Offiziere, Ortschaft, Hochbund, Bund der Kaisertruppen, Reichsbund schwarzweiß-rot, Deutsch-Soziale Partei, Deutscher Orden, Gos, Verein ehem. Balthumer, Turnverein Theodor Körner, Allgem. deutschvölk. Turnverein, Heimatschützer, Alte Kameradschaft, Unberzagt, Deutsche Eiche, in Anhalt: Stahlhelm, in Braunschweig: Deutschvölk. Schutz- und Truxbund, Stahlhelm, Deutsch-Soz. Partei, Braue Heiderich, in Mecklenburg-Schwerin: Verband nationaler Soldaten, Deutschvölk. Schutz- und Truxbund, Stahlhelm, in Mecklenburg-Strelitz: Bund der Niederdeutschen, in Oldenburg: Verband nationaler Soldaten, Deutschvölk. Schutz- und Truxbund, in Lübeck: Verband nationaler Soldaten, Deutschvölk. Schutz- und Truxbund, Stahlhelm, Teja-Bund, Nationalverband Deutscher Offiziere, in Bremen: Bund der Aufrechten, Deutschvölk. Schutz- und Truxbund, in Hamburg: Verband nationaler Soldaten, Bund der Aufrechten, Deutschvölk. Schutz- und Truxbund, Jungdeutscher Orden, Stahlhelm, Org. „C“, Deutschvölk. Jugend, Allg. Verband, Jungsturm, Teja-Bund, Nationalverb. deutscher Offiziere, Niederachtfening, Deutscher Bund, Hermannsbund, Adler und Falke, Jungwandler-Verband, Wandervogel, Wöl-

lehrerbund, Jungwandler-Verband, Wandervogel, Wölfl. Reichsbund ehem. Kadetten.

Die Verkehrs- und Finanzlage der Reichsbahn.

Die vorgestrige erste Sitzung des Reichseisenbahnrats eröffnete Staatssekretär Stieler, der vom Reichspräsidenten zum Vorsitzenden des Reichseisenbahnrats ernannt worden ist, mit folgenden Ausführungen:

Im Auftrage des Reichsverkehrsministers, der durch eine unaufschiebbare Dienstreise am Erscheinen verhindert sei, gebe er der Freude Ausdruck, daß es nach langwierigen Verhandlungen gelungen sei, den nach der Reichsverfassung ihm beigegebenen Rat zur Behandlung von Verkehrs- und Tariffragen zu berufen. Die Mitglieder, zu denen gegen früher auch die Vertreter der Verbraucher und Arbeitnehmer getreten seien, begrüßte er herzlich. Im Vordergrund der Aufgaben des Reichseisenbahnrates stehe die Begutachtung der Tarifmaßnahmen der Verwaltung. In letzter Zeit werde so oft von Diskonturgen des Reichsverkehrsministers gesprochen. Solche Gelüste lägen ihm durchaus fern. Aber die geübtere rasche Entscheidung über die durch den Sturz der deutschen Währung notwendig werdenden Tarifierhöhungen müsse eine Vorbereitung durch wirtschaftliche Körperlichkeiten unmöglich machen. Der Minister lege aber den größten Wert darauf, das Gutachten des Reichseisenbahnrats zu allen grundsätzlichen Änderungen des Tarifs rechtzeitig anzurufen. Er bitte, die Reichsbahn doch mit demselben Maße zu messen, das man an große privatrechtliche Unternehmungen anlege.

Nebener gab alsdann einen kurzen Überblick über die heutige Lage der Reichsbahn. Der Verkehr betrage heute etwa 116 Prozent des entsprechenden Zeitpunktes des Vorjahres; mit Sorgen sehe die Reichsbahn dem Herbstverkehr entgegen. Saisonarife seien nur für Kali möglich gewesen, da nur am Kali ein gewisser, den augenblicklichen Bedarf übersteigender Vorrat vorhanden war. Das Schmerzenskind sei die Kohlenversorgung. Die deutsche Kohlenproduktion liefere der Reichsbahn entgegen der Zusage des Reichskohlenkommissars nur zwei Drittel des Tagesbedarfs. Die Bevorratung mit englischer und mit Saarkohle sei mühsam, heute schon müsse diese fremde Kohle zur Befriedigung der Tagesleistung herangezogen werden. Diese fremde Kohle sei 140 mal so teuer als die deutsche Ruhrkohle vor dem Kriege und doppelt so teuer, als heute die deutsche Kohle. Angehts ihrer Kohlenbestände müsse die Reichsbahn die größte Sorge haben, ob sie den Herbstverkehr glatt überleben werde.

Was die Finanzlage der Reichsbahn anbelange, so habe bekanntlich das erste Vierteljahr des Jahres 1922 einen Überschuß ergeben. Die neueste Entwicklung der Mark, die hierdurch verursachte gewaltige Steigerung aller Preise und als deren Folge auch der Gehälter und Löhne habe die Hoffnung des Reichsverkehrsministers, während des laufenden Vierteljahres das Wirtschaftslieben mit neuen Tarifierhöhungen verschonen zu können, zunichte gemacht. Um nur einigermaßen die Ausgabensteigerung ausgleichen zu können, sei die Reichsbahn genötigt, den Gütertarif, wie bereits gemeldet, am 1. September um 50 Prozent zu erhöhen. Dieser Zuschlag werde in die organische Umarbeitung der Tarife auf den 1. Oktober einbezogen. Die Reichsbahn habe eine der allgem. Geldentwertung vorgehenden Tarifpolitik nicht betrieben. Die Bemühungen, die Ausgaben herabzusetzen, dürften nach der Seite ihres Erfolges nicht unterschätzt werden. Die Frage der Herbeiführung höherer Personalstellungen sei ganz unabhängig von der Frage, ob Staatsbahn oder Privatbahn. Von der Reichsbahn verlange man mit Nachdruck eine Senkung ihrer Betriebskosten, während man sich ohne weiteres damit abfinde, daß die Leistungen im Bergbau nicht gesteigert werden können und daß die Kohlenpreise fortwährend erhöht werden müssen. In dem Maße die Reichsbahn mit Schmerzen die Anwendung von gleicherlei Maß. Auf dem Gebiete der Selbstkostenverminderung bedürfe es noch weiterer angestrengter Arbeit; diese könne aber nie das ausgleichen, was infolge der Geldentwertung an Ausgaben zuwachsle. Staatssekretär Stieler schloß seine Ausführungen mit dem wünschenswerten Wunsch für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen Reichsbahn und Reichseisenbahnrat.

Erhöhung der Ausfuhrabgaben.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat in gemeinsamer Sitzung mit dem Ausfuhrabgaben-Ausschuß zur Ausarbeitung von Vorschlägen für die durch die Entwertung der Mark gebotene Wirtschafts-, Finanz- und Währungsreform einen Arbeitsausschuß eingesetzt. In der nachmittags-Sitzung der vereinigten Ausschüsse sprachen sich Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und Vertreter des auswärtigen Amtes für eine Ausfuhrabgabe aus. In der Erörterung erklärten sich die Vertreter der Arbeitnehmer für eine Erhöhung unter bestimmten Sicherungen. Die Arbeitgebervertreter der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft erklärten sich gegen die Erhöhung der Abgabe. Die letzteren waren jedoch mit einer Erhöhung für besonders tranfähige Waren einverstanden. Mit 13 gegen 11 Stimmen stimmte der wirtschaftspolitische Ausschuß der Anpassung der Ausfuhrabgabe an die veränderte Devisenlage zu. Mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung wurde beschlossen, daß diejenigen Bezeugnisse, die ganz oder überwiegend ausländische Rohstoffe enthalten, keine oder nur eine geringe Erhöhung erfahren sollen. Inwieweit Inlandsrohstoffe den Weltmarktpreis erreichen oder überschreiten sollten, darüber ist eine schleunige Überlegung vorzunehmen. Der Ausschuß behält sich vor, bei wesentlicher Änderung der Verhältnisse die Regierung aufzufordern, eventuell die erhöhten Ausfuhrabgaben wieder generell zu ermäßigen. Soweit gegen die erhöhten Abgabensätze begründete Einsprüche erfolgen, wird die Regierung gebeten, damit den Ausfuhrabgabenausschuß schleunigt zu befaßen.

Die Geschlechtskrankheiten in Deutschland

Univeritätsprofessor Dr. Paul Lazarus, der leitende Arzt des St. Marienkrankenhaus in Berlin, zeichnet in Heft 2 des „Jahrbuchs der Bodenreform“ (Jahrgang 1922) ein erschütterndes Bild von der tiefen seelischen und körperlichen Erkrankung unferes Volkes. Seltener ist so klar gezeigt worden, wie todkrank der deutsche Volkstörper ist. In dem Aufsatz wird ausgeführt:

„Nichts — nicht der Krieg, Empörung, Gewaltbereitschaft, Sklaverei und Ausbeutung hat so viel Not über Menschen bringen können, wie die von vornherein falsch fundamentierte Sexualordnung (L. v. Biese über Strindberg 1920). In den Abgründen der Sexualität verfinken lautlos täglich Tausende.“

Von in Deutschland gegen Krankheit im Jahre 1917 verstorbenen 20 Millionen Personen standen alljährlich ungefähr 1 Million an Geschlechtskrankheiten in Behandlung (Präsident Kaufmann). In Preußen allein erkrankten alljährlich mindestens 1/2 Millionen an einer Geschlechtskrankheit (Blaspho). In Deutschland infizieren sich jährlich an zwei jährlich mindestens 100 000, an Gonorrhoe 500 000, 350 000 oder 4 Prozent aller Ehen bleiben infolge Gonorrhoe kinderlos (Kringing). In den 8 1/2 Millionen Ehen sind mindestens 40 Prozent der Ehemänner (3 1/2 Millionen) einmal geschlechtskrank gewesen. Die

Sterblichkeit der Syphilitiker überträgt laut den Gothaer Versicherungsakten die Normalsterblichkeit der Versicherten um 88 Prozent. 10 Prozent der Syphilitiker gehen an Paralyse zugrunde. Von den in Preußen im Jahre 1913 im ersten Lebensjahr gestorbenen Kinder (175 999) sind 42 695 an angeborener Lebensschwäche, wohl meist angeborener Sues zugrunde gegangen. Krieg und Demobilisation schleuderten Zehntausende von geschlechtskranken Soldaten in die Heimat. Die Großstädte sind die Knotenpunkte der sexuellen Durchseuchung; prozentual der Bevölkerung nimmt der Prozentsatz an Geschlechtskrankheiten zu. Die Wahrscheinlichkeit, geschlechtlich zu erkranken, ist für einen Städter 12mal und für einen Berliner 18mal so groß, als für einen Bewohner auf dem Lande.
G. F.

Kurze polit. Nachrichten.

* Reichspräsident Ebert ist zur Teilnahme an der Überseewoche in Hamburg eingetroffen. Auf eine Begrüßungsansprache des Bürgermeisters erwiderte der Reichspräsident in längerer Rede, in der er auf die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes und die Bedeutung des Reichsgedankens einging.

* Die neuen Löhne im Buchdruckerberuf. Gemäß der von Seiten des Tarifausschusses der Buchdrucker erfolgten Einigung in der Lohnfrage für das Buchdruckerberuf werden sich die Wochenlöhne für den Monat August in der Lohnklasse C (Gehilfen über 24 Jahre) für Verheiratete um 400—500 M., für Ledige um 380—480 M., ferner ab 1. September für Verheiratete in derselben Lohnklasse C um weitere 250—300 M., für Ledige um 240—290 M. Die Maschinenfeger erhalten außerdem eine wöchentliche Leistungszulage in Höhe von 40 Prozent. Für die Hilfsarbeiter gelten die bisherigen Prozentsätze des Reichstarifs. Das neue Lohnabkommen gilt bis einschließlich 16. September. Neue Verhandlungen sind bereits anberaumt.

Verbot des „Niesbacher Anzeigers“. Die bayerische Regierung hat den „Niesbacher Anzeiger“ auf 10 Tage verboten. Der Grund des Verbotes ist in der Veröffentlichung eines Aufrufs, der zur Stellungnahme gegen den „Umfall der bayerischen Regierung“ bei den Verhandlungen mit Berlin aufforderte.

Badische Uebersicht.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ Urloffen (N. Offenburg), 18. Aug. Zu dem Mord an dem Kaufmann Klabe aus Magdeburg wird gemeldet, daß Klabe gestern nachmittag im Offenburgers Krankenhaus an seiner Verwundung gestorben ist. Die zur Überführung der Leiche nach Magdeburg in Offenburg weilenden Angehörigen schildern Klabe als einen äußerst keuschen Geschäftsmann und als einen Menschen von den besten Charaktereigenschaften. — Zu der Mordsache selbst wird folgendes berichtet: Der entkommene Mörder Schäfer hatte Teuplof ein größeres Quantum Ruder angeboten, das dieser an seinen Geschäftsfreund Klabe weiter offerierte. Teuplof und Klabe reisten dann zu dem angeleglichen Ruderhändler Schäfer nach Baden, um die Ware in Empfang zu nehmen. Nach Verlassen des Bahnhofes Appenweier führte Schäfer den Teuplof und Klabe dann in den Wald in der Richtung nach Urloffen, wo er dann gegen Morgen auf Klabe den Schuß abgab, der jetzt dessen Tod zur Folge hatte. Anscheinend hatte Schäfer die Entwendung und Vererbung sowohl des Klabe wie des Teuplof beabsichtigt, da auch auf Teuplof ein Schuß abgegeben wurde. Teuplof setzte sich mit seinem eigenen Revolver zur Wehr, worauf der Schäfer entflohen. Die von ihm bei der Flucht fortgeworfene Waffe enthielt Diefelhandwerkzeug und Papieren eines wegen Diebstahls verurteilten Karl Schäfer in Durlach.

DZ Butschschlucht, 18. Aug. Es beginnt zurzeit im Gemeindevand von Mündingen an der Butschschlucht ein nur im Sommer ausführbarer Holztrieb. Zur Vermeidung von Unfällen, zeitlich bedingten Unwegen oder Fehlgängen macht der Badische Schwarzwaldberein die Wanderer darauf aufmerksam, daß eine Begehung des Ludwig Neumannweges durch die Butschschlucht für einige Wochen stark gefährdet ist. Der Anfang und das Ende der gefährdeten Wegstrecke ist durch je eine Warnungstafel gekennzeichnet.

Aus der Landeshauptstadt.

Badische Kunstsalles Karlsruhe.

Die Ausstellung von Kunstwerken aus Karlsruher Privatbesitz wird am Sonntag, den 20. August, vormittags 11 Uhr, eröffnet werden. Sie umfaßt etwa 600 Kunstwerke — Gemälde, Zeichnungen, Miniaturen — und zwar sowohl alte wie neuere Kunst. Die Abteilung der neueren Kunst berücksichtigt vor allem die Bildnis Kunst und gibt auf Grund des reichhaltigen und vielgestaltigen Materials einen künstlerisch wie vor allem auch zeitgeschichtlich interessanten Einblick in die Kunstproduktion eines Jahrhunderts. Grundständig wurde daran festgehalten, Werke noch lebender Künstler in diesem Zusammenhang auszustellen; sie sollen in einer für das nächste Jahr vorgesehenen retrospektiven Ausstellung Karlsruher Malerei gezeigt werden.

Der Tribünen-Saal, der eine große Anzahl von Beihäuden aus Privatbesitz enthält, wurde in seiner bisherigen Gruppierung dem Ausstellungsrahmen angegliedert. Eine Anzahl der eingeleisteten Kunstwerke konnte aus Raumangel noch nicht untergebracht werden. Es wird Sorge getragen, in kürzester Zeit auch diese Werke der Ausstellung einzugliedern.

Ein reichillustrierter Katalog, der leider zur Eröffnung, die nicht länger hinausgeschoben werden sollte, nicht fertiggestellt werden konnte, wird im Laufe der nächsten Woche erscheinen und alle ausgestellten Werke genau verzeichnen. Eintheilen sollte den Besuchern — ohne nähere Bezeichnung der Einzelkunstwerke — Gelegenheit geboten werden, sich von dem vorgeführten Material einen Gesamteindruck zu machen, der auf Grund des Kataloges bei späteren Besuchen ergänzt und bereichert werden kann. Allen denjenigen, die die Ausstellung, die ein imponantes Dokument Karlsruher Privatkunstpflege darstellen dürfte, durch Herleihen ihrer Schätze unterstützt und damit der gesamten Öffentlichkeit einen wertvollen Dienst erwiesen haben, sei auch an dieser Stelle der Dank der Direktion ausgesprochen.

Zur Gehaltsbewegung der Druckerei-, Zeitungs- und Verlagsangestellten.

Als Antwort auf die in Nr. 190 unseres Blattes wiedergegebene, in der Versammlung der Buchdrucker-, Zeitungs- und Verlagsangestellten am 16. August gefasste Entschliessung richteten, wie uns mitgeteilt wird, die in Betracht kommenden Firmen nachfolgendes Schreiben an den deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband.

Karlsruhe, den 18. August 1922.
An den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, zu Händen des Herrn Dreßbach, hier.
Auf Ihre Entschliessung teilen die unterzeichneten Firmen mit, daß sie mit höchstem Bedauern daraus entnehmen, wie

wenig die beteiligten Angestellten auf die außerordentlichen Schwierigkeiten des Zeitungs- und Buchdruckgewerbes Rücksicht zu nehmen gewillt sind. Es ist unverständlich, daß unsere Angestellten nur mit den höchsten hiesigen Tariffähigen, dem Industrietarif — die 10 Prozent Abzug von dem Grundlohn bedeutet heute, wie die Angestellten selbst zugeben, für uns keine wesentliche Erleichterung — glauben auskommen zu können, während die Mehrzahl der Karlsruher Angestellten nach dem mit ihnen vereinbarten wesentlich niederen Tarif des wirtschaftlich erheblich besser dastehenden Großhandels bezahlt werden. Das unverständliche Verhalten auf dem Industrietarif hat bisher eine Einigung leider unmöglich gemacht und wird sie auch weiter verhindern.

Wir erklären uns bereit, für die zurückliegenden Monate den strittigen Betrag zu bezahlen unter der Voraussetzung, daß ab 1. August der Großhandeltarif für uns gilt.
Wir bitten Sie, auch den anderen Organisationen von dem Inhalt dieses Schreibens Kenntnis zu geben.
H. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag. — Ferdinand Thiergarten, Verlag der Badischen Presse. — Badische Druck- und Verlags-Gesellschaft. — G. F. Müller'sche Hofbuchhandlung.

Mietervereinigung Karlsruhe e. V. In einer am Donnerstag abend im „Kolosseum“ stattgefundenen, gutbesuchten Versammlung der Mietervereinigung e. V. wurde nach einem Referat des Vorsitzenden der Vereinigung, Herrn Abels, folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute am 17. Aug. 1922 stattgehabte Versammlung der Mietervereinigung im „Kolosseum“ protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die exorbitante Erhöhung der Mietpreise, wie sie von der Mietzinnskommission in ihrer Mehrheit beschlossen wurde und spricht den Vertretern der Mietervereinigung für ihr entschlossenes Eintreten für die Mieterinteressen die Zufriedenheit aus.“

Staatsanzeiger.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt: Polizeimajor Ernst Schmidt-Gerstein zum Gendarmerie-Distriktskommandeur in Mannheim.

Planmäßig angestellt: Amtsgehilfe Jakob Schulz beim Bezirksamt Eppingen.

Befördert: Verwaltungsobersekretär Hans Bodmer vom Bezirksamt Mannheim zum Bezirksamt Adelsheim.

Arbeitsministerium.
Ernannt: Stadt-Oberrechnungsinspektor Karl Boeller aus Mannheim zum Verwaltungsinspektor beim Arbeitsministerium.

Wasser- und Straßenbauinspektion.
Planmäßig angestellt: Geometer Emil Schweinsfurt in Wiesloch, Vermessungsgehilfe Wilhelm Dahl in Raffalt als Vermessungsassistent.

In den Ruhestand versetzt: Schiffsbrückenoberwärter Josef Wäder in Dreifach wegen leidendes Gesundheits.

!! Bücher für Betriebsräte und Vertrauensleute !!

Indexziffern im Inland und im Ausland

von
Reg.-Rat Dr. Hofmann
Preis 50 Mark

Indexziffern sind ein Hilfsmittel bei Lohn- und Gehaltskämpfen. Jedermann spricht über Indexzahlen, aber nur wenige beherrschen dieses wichtigste Hilfsmittel der Statistik in solchem Maße, daß sie den größtmöglichen Vorteil aus ihm zu ziehen wüßten. Hofmann gibt nun in seinem eingehenden Werke eine klare Übersicht über Wesen und Wert aller heute gebräuchlichen Indexziffern, zeigt ihre Schwächen und Fehler und auch, in welcher Weise sie wirklich nützliche Dienste leisten können.

Inhaltsverzeichnis: Allgemeines. — Indexziffern von Calver — Elsas — Günther — Berechnungen von Kuczynski — Silbergleit — Indexziffern von Schmitz — Sauerbed — Amsterdam — Basel — Bern — Indexziffern Haag — Halle — Hannover — Feuerungs-zahlen Leipzig — Indexziffern Ludwigshafen — Mannheim — Berechnungen Nürnberg — Indexziffern Stralburg — Stuttgart — Wien — Zürich — Frankfurter Zeitung — Londoner Zeitung The Times — Neue Züricher Zeitung — Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik — Feuerungszahlen der deutschen Gemeinden — Indexziffern der deutschen Gemeinden — des statistischen Reichsamts — im österreichischen Volkszirk — Economist — Board of Trade (Labour Gazette) — Zeitschrift für Schweizerische Statistik — Amerika — Kanada Frankreich — Italien — Spanien — Schweden — Dänemark — Finnland — Niederlande — Tschechoslowakei — Australien — Japan. — Schlussbemerkungen.

Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus

Herausgegeben von
Karl Diehl und Paul Nombert

Schriften der Hauptvertreter dieser Richtungen

Babeuf — Cabets — Felicite du Lameñais — Auguste Blanqui — Jean Jaurés — Paul Louis — William Thompson — James Bronterre O'Brien — Wilhelm Weitling — Karl Marx — Karl Rodbertus-Lagekow — Ferdinand Lassalle — Eduard Bernstein — Karl Kautsky — N. Bucharin (Volschewisten) — J. P. Proudhon — Peter Kropotkin — Henry George.

Programme und programmatische Kundgebungen

Vorläufer des Sozialismus — Der französische Sozialismus — Der englische Sozialismus — Der deutsche Sozialismus — Der Volschewismus — Die Internationale — Der Anarchismus — Der Agrarsozialismus.

Vorwärts: Den Bänden ist auch in den Kreisen der Partei eine größere Leserschaft zu wünschen. Der zweite Band gibt, eine füllige Liste füllend, eine handliche, bequeme Zusammenstellung der hauptsächlichsten französischen, englischen und deutschen Parteiprogramme, die in der Geschichte eine Rolle gespielt haben.
Volschewismus, Karlsruhe: ... Tatsache ist, daß dieses Werk in der Hand all jener Sozialisten sein muß, denen es heute, angesichts der hohen Bücherpreise, nicht möglich ist, sich die Originalwerke anzuschaffen. ... Es liegt hier eine unentbehrliche Materialsammlung für Theorie und Praxis vor.

Preis jedes Bandes 40 Mark

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. B.

MIZI
DER
BLITZSCHNELLE
MESSER-
PUTZ

Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich
Enameline-Werke, Höchst a. M.

Stadt. Konzerthaus
Leitung: A. 389
Direktor Adalbert Steffter

Heute Samstag
abends 7 1/2 Uhr
Gastspiel Hanna Rodegg vom
Landestheater Karlsruhe.

Mara Santro.
Operette in 3 Akten von
Willy Geisler.

Morgen Sonntag
Zwei Vorstellungen
nachmittags 3 1/2 Uhr

Die tolle Komteß
abends 7 1/2 Uhr
Gastspiel Hanna Rodegg

Mara Santro.
Montag, den 21. August
abends 7 1/2 Uhr
Vorstellung für den Verein
Volksbühne 0/7

Das Glücksmädel.
Dienstag, den 22. August
abends 7 1/2 Uhr
Zum letzten Male!

Die tolle Komteß

Junge Leute die zur See
fahr. woll.
ersch. schriftl. Aufklärung u.
Nat. Anstalt Hamburg 36,
Schiffach 112, J 82.

Nach mehrjähriger, fachärztlicher Tätigkeit, zuletzt 22
Monate auf der Hautabteilung des städt. Krankenhauses
u. der Beratungsstelle für Geschlechtskranke in Karls-
ruhe (Leiter: Herr Dr. von Pezold), habe ich mich als
**Spezialarzt für
Haut-, Harn- u. Geschlechtskrankheiten**
in
Karlsruhe, Kaiser-Passage 31 II
niedergelassen.
Sprechstunden: Wochentags 11—1/2 u. 4—6 Uhr.
— Rufnummer 2290. —
Dr. med. A. Geiger.
N. 498 Zu sämtlichen Kassen zugelassen.

Dresdner Bank
Eingezahltes Kapital: 550 Millionen M.
Rückstellungen: 400 Millionen M. :—
Niederlassungen in Baden:
Mannheim :: Heidelberg
Freiburg i. B. :: Konstanz
Sorgfältige Erledigung aller
bankmässigen Geschäfte :—
R. 959

Leipziger Messe.
Kapitalkräftige Firma
**übernimmt
Ausstellung**
großer Lagerposten sowie
erhältliche Meubeln.
Angebote unter A. 503 an
die Exped. d. Karlsruh. Ztg.
Bekanntmachung.
Im Binnenverkehr der
Mannheim-Weinheim-
Heidelberg-Mannheimer
Eisenbahn treten mit Wirkung
vom 15. September 1922
Tariferhöhungen ein. Nä-
heres bei der unterzeichne-
ten Verwaltung O. 502
Mannheim, 14. Aug. 1922.
**Oberreinische
Eisenbahngesellschaft, A. G.**
Herr Fabrikant Gustav
Hummelbecker in Karlsruhe
ist infolge Ablaufs seiner
Amtsdauer aus dem Auf-
sichtsrat der Anstalt ausge-
schieden. Neu eingetreten
sind die Herren Rechtsan-
walt und Staatsrat Ludwig
Marum, Betriebsbeamter
Hermann Stang und Kauf-
mann und Stadtverordne-
ter Friedrich Töpfer, sämt-
liche in Karlsruhe. A. 501
Karlsruhe, 15. Aug. 1922.
Karlsruher Lebensversicherung
auf Gegenseitigkeit vormalis
Allgemeine Versorgungs-
Anstalt.
Tariferhöhung.
Infolge Erhöhung des
Tarifs der Stadt. Stra-
ßenbahn Karlsruhe, wer-
den ab 22. August 1922
auch die Fahrpreise im
Gemeinschaftsverkehr Al-
talbahn-Stadt. Straßen-
bahnen Karlsruhe erhöht.
Nähere Auskunft erteilt
unser Verkehrsbüro.
Karlsruhe, 18. Aug. 1922.
Badische
Total-Eisenbahnen A. G.